

EU-OSTERWEITERUNG

Welcome im Brüsseler Club?

Bleibt es beim "Big Bang" oder reicht es für den "Super Big Bang"? Neben der Frage, ob die EU schon bald 25 oder gar 27 Mitglieder haben soll, wird in Laeken über eine neue Verfassung für die Groß-Familie debattiert.

Der große Knall soll bald erfolgen - und vielleicht wird er sogar noch lauter, als erwartet. Wenn sich die Staats- und Regierungschefs der EU am Freitag und Samstag treffen, wollen sie vor allem über den "Big Bang" beraten. Damit ist die geplante Aufnahme der neuen osteuropäischen Beitrittskandidaten gemeint, eins der zentralen Themen im belgischen Laeken.

Kurz vor dem Gipfel hat nun der französische Außenminister Hubert Vedrine mit einem Vorschlag für Aufregung gesorgt. Er hatte kürzlich auf einem Treffen mit seinen 14 Kollegen überraschend für einen "Super Big Bang" plädiert: Die Union solle nicht nur zehn der zwölf Kandidaten, sondern auch die beiden Nachzügler Rumänien und Bulgarien in der nächsten Erweiterungsrunde integrieren. Wenn man ohnehin auf eine große Beitritts-

runde zusteure, mache es "keinen Unterschied, ob zehn oder zwölf Staaten aufgenommen" werden würden, erklärte der französische Außenminister Védrine vergangene Woche.

Dabei hatte die EU-Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht Mitte November erstmals eine eindeutige Prognose abgegeben: Von den insgesamt 13 Kandidatenländern seien zehn auf dem besten Wege, die Verhandlungen mit der Kommission bis Ende nächsten Jahres abzuschließen. Dem Bericht nach sind Zypern und Malta bereits fit für die EU, von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und der Slowakei wird erwartet, dass sie in naher Zukunft ebenfalls dazu in der Lage sind. Die Kommission wies jedoch darauf hin, dass Bulgarien und Rumänien noch nicht beitriffähig seien. Die Länder würden zwar Fortschritte auf dem Weg in die EU machen, doch könnten sie in absehbarer Zeit dem internationalen Wettbewerb noch nicht standhalten. Der optimistische Bericht ist nur mit zwei Einschränkungen versehen. Polen, das mit knapp 39 Millionen Einwohnern größte Beitrittsland, ist seit dem letzten Zwischenbericht vor einem Jahr hinter andere Kandidaten zurückgefallen. Und als einziger Beitrittskandi-

dat erfülle die Türkei nicht einmal die politischen und wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen für eine Mitgliedschaft.

Frankreich will "Super Big Bang"

Dass die französische Regierung, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorbehalte gegen die Osterweiterung formulierte, plötzlich diese Entwicklung sogar noch forcieren will, stößt in Europa auf Verwunderung. Bislang galt die Erweiterung in Paris vor allem als deutsches Projekt. Mit der Aufnahme der Berliner Lieblingskandidaten, Polen, Ungarn und Tschechien würde sich die Machtbalance noch weiter in Richtung Osten verlagern. Hinzu kommen Bedenken insbesondere im Agrarbereich - schließlich stößt die Integration der landwirtschaftlich geprägten osteuropäischen Staaten bei den renitenten französischen Bauern auf große Vorbehalte.

Doch nun scheint sich Paris damit abgefunden zu haben, dass die Erweiterung nicht mehr aufzuhalten ist - und versucht, das Beste daraus zu machen. Mit dem "Super Bing Bang" könnte es immerhin gelingen, die neue Konstellation doch noch ein wenig zu Frankreichs Gunsten zu verschieben.

Denn während die Mehrheit der bisherigen Beitrittskandidaten ökonomisch auf Deutschland ausgerichtet sind, orientieren sich Rumänien und, in etwas geringeren Maße, auch Bulgarien eher an Paris. Die Länder haben traditionelle Bindungen an die Grande Nation - ihre Gründung erfolgte nach dem ersten Weltkrieg auf Initiative der westlichen Entente und Frankreichs. Bis heute pflegen daher Bukarest und Sofia besondere kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen mit der Regierung an der Seine. Die Aufnahme der beiden Staaten, so das Kalkül, könnte den französischen Einfluss in einer erweiterten EU stärken. Große Chancen, die Super-Erweiterung durchzusetzen, bestehen freilich nicht. Zu groß sind die Bedenken, dass bereits die aktuelle Beitrittsrunde von der EU kaum zu verkraften ist. Und ohne eine grundlegende Reform der Entscheidungsstrukturen innerhalb der Union ist die Aufnahme weiterer Mitglieder kaum zu machen.

Um die Umsetzung zu erleichtern, will Verhofstadt einen so genannten Konvent einrichten, der im kommenden Jahre konkrete Vorschläge für eine Reform ausarbeiten soll. Der Konvent soll sich aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, Vertretern der nationalen Regierungen und einem Gesandten der EU-Kommission sowie einem Präsidenten zusammensetzen. Anfang Dezember reiste der belgische Premier durch die europäischen Hauptstädte, um den Erklärungsentwurf für Laeken vorzustellen.

"Ich bin prinzipiell dafür", so das Urteil des Luxemburger Premiers Jean-Claude Juncker in einem Focus-Interview zum Verfassungskonvent. Es sei "der Versuch, Stimmen einzusammeln, Befindlichkeiten abzufragen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die nicht sofort unter dem Diktat nationaler Interessen kaputtgemacht werden". Doch die Begeisterung für ei-

Verfassungskonvent mit "teutonischer Agenda"

Soweit sind sich auch alle Mitgliedstaaten einig - in der Frage, wie eine solche Reform konzipiert werden soll, liegen die Ansichten jedoch weit auseinander. Der belgische

Ministerpräsident und EU-Ratspräsident Guy Verhofstadt hat sich daher das ehrgeizige Ziel gesteckt, in Laeken eine breite Reformdebatte zu initiieren. Die EU müsse demokratischer, effektiver und transparenter werden, fordert er in einem Erklärungsentwurf. Verhofstadt schlägt darin unter anderem eine Direktwahl des Präsidenten der EU-Kommission vor und begrüßt eine Debatte um eine künftige EU-Verfassung. Zudem möchte er das nationale Vetorecht in der EU streichen, um die Gemeinschaft nach ihrer Erweiterung handlungsfähig zu erhalten.

Um die Umsetzung zu erleichtern, will Verhofstadt einen so genannten Konvent einrichten, der im kommenden Jahre konkrete Vorschläge für eine Reform ausarbeiten soll. Der Konvent soll sich aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, Vertretern der nationalen Regierungen und einem Gesandten der EU-Kommission sowie einem Präsidenten zusammensetzen. Anfang Dezember reiste der belgische Premier durch die europäischen Hauptstädte, um den Erklärungsentwurf für Laeken vorzustellen.

"Ich bin prinzipiell dafür", so das Urteil des Luxemburger Premiers Jean-Claude Juncker in einem Focus-Interview zum Verfassungskonvent. Es sei "der Versuch, Stimmen einzusammeln, Befindlichkeiten abzufragen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die nicht sofort unter dem Diktat nationaler Interessen kaputtgemacht werden". Doch die Begeisterung für ei-

Anton Landgraf ist Redakteur der Berliner Wochenzeitung "Jungle World".

Europa ganz groß

Wer darf ab 2003 dabei sein in der EU-Groß-Familie? Mit welchen Mitteln wird die EU für mehr Sicherheit in Europa sorgen? Diese und andere Fragen werden am Wochenende auf dem EU-Gipfel in Laeken zur Sprache kommen.

ITALIENS JUSTIZ

Betrug ist eine bürgerliche Freiheit

Kurz vor dem EU-Gipfel in Laeken macht Italien gegen den europäischen Haftbefehl mobil. Der Grund: Das neue Instrument würde nicht in das Konzept der geplanten Justizreform passen. Und diese dient vor allem den Interessen Silvio Berlusconis.

Mit diesem Ausgang der wochenlangen Beratungen hatte in der Europäischen Union niemand gerechnet. Als die Innen- und Justizminister der 15 EU-Staaten am vergangenen Donnerstag über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Terrorismus verhandelten, stellten sich plötzlich die italienischen Regierungsvertreter quer. Der Streitpunkt war vor allem die Liste der Delikte, die demnächst mithilfe eines in der ganzen EU gültigen Haftbefehls geahndet werden sollen.

Die Ministerrunde hatte sich zwar bereits im November auf 32 Straftatbestände verständigt, zu denen unter anderem Terrorismus, Mord, Vergewaltigung und Menschenhandel zählen. Doch der italienische Justizminister Roberto Castelli bestand darauf, dass Korruption, Geldwäsche und Betrug ausgenommen würden. Andernfalls könnten "Bürger ihrer Freiheit beraubt werden", lautete seine originelle Begründung. Zufällig handelt es sich bei diesen umstrittenen Punkten ausnahmslos um Straftaten, derentwegen der italieni-

sche Premierminister Silvio Berlusconi mit der Justiz in Konflikt geraten ist. Er äußerte sich vor der Ministerkonferenz erstaunt, dass der Katalog auch Delikte enthalten sollte, die seiner Meinung nach "nicht unmittelbar mit Terrorismus zu tun" hätten.

Berlusconis Krieg gegen die nationale Justiz

Dem italienischen Regierungschef scheint es zu widerstreben, die Möglichkeiten einer europaweiten Fahndung zu erweitern. Zu frisch ist die Erinnerung an die Ermittlungen des spanischen Untersuchungsrichters Baltasa Garzon gegen ihn. Berlusconi soll als einer der wichtigsten Aktionäre des Fernsehsenders Telecinco spanische Politiker und Beamte bestochen haben. Der Prozess wurde im Oktober vorerst eingestellt. Und schließlich ist Berlusconi nicht Premierminister geworden, um sich wegen seiner vergangenen Finanzdelikte nun ins Gefängnis sperren zu lassen. Gleichzeitig bekämpft der Premier auch die Justiz im eigenen Land.

Im Oktober erklärte er den italienischen Richtern und Staatsanwälten den Krieg. Berlusconi, der bereits fünf Gerichtsverfahren ohne Ver-

urteilung überstanden und vier weitere noch vor sich hat, stellt sich gern als Opfer der Justiz dar. Die rechte Regierungskoalition macht seit

ihrem Antritt im Juli Stimmung gegen Richter und Anwälte, die sich fast täglich mit Beschimpfungen und Beschuldigungen konfrontiert sehen.

Etwas zu weit gegangen ist dabei der Staatssekretär Carlo Taormina, der in der vergangenen Woche wegen seiner Ausfälle gegen die Justiz zurücktreten musste. Taormi-



Nordallianz-Minister auf Propaganda-Tour: Justizminister Roberto Castelli (rechts) und der Minister für die Regierungsreform Umberto Bossi während einer Demonstration gegen Immigration, an der am Sonntag 80.000 Menschen teilnahmen. (Foto: epa)

Wibke Bergemann ist freie Journalistin und lebt in Berlin. Von April bis Juli hospitierte sie bei der italienischen Tageszeitung "Il manifesto", für die sie weiterhin als freie Mitarbeiterin tätig ist.



Freude über die bevorstehende Erweiterung: Erweiterungskommissar Günter Verheugen empfängt Milos Zeman, Premierminister des Kandidaten-Staates, der Tschechischen Republik. (Foto: EU)

ne europäische Verfassungsdebatte dürften sich im Allgemeinen jenseits von Maas und Rhein in Grenzen halten. Bereits als der deutsche Außenminister Joschka Fischer vergangenes Jahr in einer Rede an der Humboldt-Universität in Berlin eine solche Debatte anregte, reagierte das restliche Europa - und insbesondere Frankreich - skeptisch. In vielen EU-Staa-

ten hegt man den Verdacht, dass es sich dabei vor allem um eine deutsche Verfassung für Europa handeln könnte.

In Paris reagierte man dementsprechend reserviert, als der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder vor zwei Wochen auf dem Nürnberger Parteitag der SPD den Vorschlag wiederholte, Europa eine föderative Entschei-

dungsstruktur zu geben - ganz nach deutschem Vorbild.

Die "teutonische Agenda" sei vor allem eines: "eine nationale Blaupause, gezeichnet allein nach Berliner Denkmustern", zitiert die Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" vergangene Woche einen niederländischen Diplomaten. Schröder male sich ein fö-

derales Europa, dem der deutsche Nettozahler zugleich allerlei Kompetenzen entreißen wolle. Und eine solche Reform dürfte in Laeken wiederum mit Frankreich kaum zu machen sein.

Anton Landgraf

na ist Mitglied der Forza Italia und war langjähriger Rechtsanwalt Berlusconi. Von der Opposition wurde er vor allem deswegen vehement angegriffen, weil er nicht nur als Politiker, sondern auch weiterhin als Anwalt arbeitete und unter anderen Mafia-Bosse verteidigte. Der Interessenkonflikt wurde offensichtlich, als der Staatssekretär im November als Verteidiger eines Vertrauten Berlusconi auftrat. Taormina forderte, das Beweismaterial für nichtig zu erklären. Die Grundlage für diesen Antrag war ein frisch von der Berlusconi-Regierung verabschiedetes Gesetz, das die Verwendung von Beweisen aus dem Ausland erheblich einschränkt. Als die Richter den Antrag ablehnten, beschuldigte Taormina sie öffentlich, gegen die Verfassung zu verstoßen und forderte ihre Verhaftung.

In der Regierung Berlusconi denken offensichtlich auch andere ähnlich. So beschuldigte beispielsweise Justizminister Roberto Castelli von der rechtspopulistischen Lega Nord die Richter, die Macht ihres Amtes zu missbrauchen und gegen die Verfassung zu verstoßen, indem sie die Gewaltenteilung im Staat unterliefen. Einen Beweis dafür lieferte er auch gleich: "Gegen zwei Mitglieder der Regierung, Berlusconi und Bossi, laufen Hunderte

von Gerichtsverfahren. Diese Fakten nähren den Verdacht, dass ein Teil der Magistratur einen politischen Kampf führt." Die Regierung müsse vor den Attacken der Staatsanwaltschaft geschützt werden. Darüberhinaus kündigte Castelli Disziplinarverfahren an, unter anderem gegen den Mailänder Generalstaatsanwalt Francesco Saverio Borelli, der sich gegen das neue Gesetz zur Verwendung ausländischen Beweismaterials ausgesprochen hatte. Im Visier hat er auch Libero Mancuso, den Vorsitzenden des Schwurgerichts in Bologna, der sich Anfang August kritisch zu den polizeilichen Übergriffen während des G 8-Gipfels in Genua geäußert hatte. Castellis Begründung für solche Aufräumarbeiten lautet, die italienische Justiz stehe kurz vor dem Kollaps.

Zurück zum echten Rechtsstaat

Am Tag nach Taorminas Rücktritt verkündete Regierungschef Berlusconi, dass die im Wahlprogramm angekündigte Justizreform schon in sechs Monaten statt wie vorgesehen in drei Jahren durchgeführt werde. Die Vorfälle der jüngsten Vergangenheit rechtfertigten diese Eile. "Es ist nötig, zu einem echten Rechtsstaat zurückzukehren", erklärte Berlusconi. Doch un-

ter dem Vorwand, eine effizienter arbeitende Justiz zu schaffen, geht es vor allem um Einschränkungen der derzeit noch von der Verfassung garantierten Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte. So sehen die bereits veröffentlichten zwölf Eckpunkte der Reform beispielsweise vor, die Arbeit der Justiz regelmäßigen "Qualitätsprüfungen" zu unterwerfen. Haftstrafen sollen nicht länger von einem einzigen Richter abhängt werden können. Auch in die Wahl der Mitglieder des Obersten Justizrates wollen sich die Gesetzgeber zukünftig einmischen. Und um ganz sicher zu gehen, sollen auch die Prioritäten der Strafverfolgung vom Parlament festgelegt werden.

Manche der Reformen hat die Regierung schon jetzt mit großer Eile durchgesetzt. Bilanzfälschung etwa ist in Italien nicht länger eine Straftat. Statt mit Gefängnis soll sie nur noch mit einem Bußgeld geahndet werden, was wiederum vor allem Berlusconi Position in seinen eigenen Verfahren erleichtern wird. Das gleiche gilt für das Gesetz, das die Verwendung von Beweismitteln aus dem Ausland erschwert. Unter dem Vorwand, auf diese Weise besser illegale Geldströme verfolgen zu können, wurde die Rückführung von Kapital aus Steuerparadiesen als ein Ver-

gehen eingestuft, auf das lediglich eine Geldstrafe steht.

Auch diese Entscheidung kommt wiederum Berlusconi zugute. Denn es wird verdächtigt, über schwarze Konten im Ausland zu verfügen. Dass diese frisch eingeführten Gesetze dem Vorhaben einer europäischen Strafverfolgung und eines europäischen Haftbefehls diametral widersprechen, scheint Silvio Berlusconi nicht zu stören. Er versucht offensichtlich, sich, seine Freunde und seine Unternehmen für alle Zeiten abzusichern. Koste es, was es wolle.

Wibke Bergemann

Wie geht Europol?

Seit dem 11. September suchen nicht nur EU-Politiker eifrig nach einer gemeinsamen Definition für alles, was künftig dem Begriff Terrorismus unterzuordnen ist. Auch die Neuorientierung der europäischen Polizeitruppe Europol läuft seitdem auf Hochtouren. Bis 2003 sollen 5.000 PolizistInnen einsatzbereit sein. Was genau zu tun ist, darüber wird derzeit auf so manchem Treffen in Brüssel heftig debattiert. Laut Willy Bruggeman, dem belgischen Leiter der Truppe, habe sich nach den Anschlägen in New York "eine junge Organisation mit einer großen Verantwortung" präsentiert. Letzten Monat hatte man der Öffentlichkeit zunächst einmal stolz die prompt aufgestellte Anti-Terror-Task-Force vorstellen können. Es war dies eine der ersten Umsetzungen des neuen EU-Anti-Terrorpakets. Komplementär zur 60.000 Personen starken militärischen schnellen Eingreiftruppe der EU sollen die Europolizisten im Bereich des "zivilen Krisenmanagements und der Konfliktprävention" eingesetzt werden. Während die EU-Minister weiter an einer detaillierten Job-Description der neuen Truppe arbeiten, suchen die Europol-Macher selbst nach neuen Aufgaben. Es ginge um grenzübergreifende Kooperation, nicht nur innerhalb der EU, sondern vor allem auch mit den USA, stellt Bruggeman klar. Vor dem 11. September war ein solcher Informationsaustausch mit Dritten für Europol-Fahnder nicht erlaubt. Am vergangenen Donnerstag unterzeichnete die Europol-Leitung jedoch in Brüssel erstmals ein Abkommen mit den USA, um die trans-atlantische Zusammenarbeit effektiver zu gestalten. Künftig sollen "strategische und technische Informationen über Terrorismus und schwere Straftaten" ausgetauscht werden. Dazu gehören unter anderem: Handel mit Drogen, nuklearem und radioaktivem Material, illegale Einwanderung, Geldwäsche und terroristische Straftaten. Einzige Einschränkung: Persönliche Daten dürfen nur ausgetauscht werden, wenn diese in Zusammenhang mit dem 11. September stehen. Doch diese Bedingung dürfte zunächst einmal auf die meisten der Ermittlungen zutreffen. Zudem soll ein weiteres Abkommen schon bald auch den Austausch von Personen-Daten offiziell genehmigen. Innerhalb Europa wird dem neuen Heer der Ermittler laut ihrer Führung ebenfalls kaum langweilig werden. Europol-Mann Willy Bruggeman prophezeite "weitere Anschläge". Besonders die europäischen Länder, die die USA in Afghanistan militärisch unterstützt haben, seien gefährdet. Bei so viel Anti-Terror-Aktivismus gibt es Bedenken selbst aus den eigenen Reihen. Der belgische Innenminister Antoine Duquesne nutzte seinen Auftritt auf der Konferenz "Integrierte Sicherheit in Europa, eine demokratische Perspektive", um davor zu warnen, "eine europäische Polizeikraft zu schaffen, die gegenüber den ihr übergeordneten Instanzen die Macht übernehmen könnte". Antoine Duquesne weiter: "Wir sollten mehr denn je vermeiden, dass die aktuellen Entwicklungen uns dazu treiben, Orwellsche Zustände zu schaffen." Um das zu verhindern, schlägt der Minister "eine demokratische Kontrolle über die Polizeidienste auf nationalem und internationalem Niveau" vor. Ein effizientes Kontrollsystem müsse die Kooperation überwachen und garantieren, dass die europäische Polizei "Rechenschaft ablegen muss, gegenüber dem Staat, den Bürgern und ihren Vertretern". Parallel dazu gibt es aber auch Pläne, die gemeinsame Polizeitruppe weiter auszubauen. Und es könnte gut sein, dass das Unternehmen Europol seinen Angestellten schon bald interessante Tätigkeiten auch außerhalb der Grenzen der EU anbietet. Die Deutsche Bertelsmann Stiftung sowie das Münchner Zentrum für Angewandte Politikforschung etwa schlagen in ihrem Bericht zur Erweiterung und Zukunft der EU vor, ein gemeinsames Grenzschutz-Korps zu schaffen. Alle EU-Mitgliedstaaten sollten den Erweiterungskandidaten Beamten zum besseren Schutz der Außengrenzen zur Verfügung stellen.

Danièle Weber